



Das Titelbild

verweist auf den Beitrag, mit dem ERWIN ROHRBERG den historischen Bau und den erneuernden Umbau des Besigheimer Rathauses würdigt. Zugleich macht es anschaulich, wie sehr die meisten hervorragenden Baudenkmale bezogen sind auf die Hauslandschaft, von der sie umgeben sind. Wenn dieser Bezug aufgegeben wird, dann wird jede Denkmalpflege zwangsläufig zum musealen Schutz von zusammenhanglosen Einzelobjekten.

(Foto: Werner H. Müller)

Willy Leygraf: Zur Sache

Wer sich gegen rigorose Straßenplanungen oder Flächensanierungen wendet oder gegen die Ansiedlung von Industrie-Einrichtungen in Landschaftsschutzgebieten, der muß mit dem Hinweis rechnen, sein Einspruch gefährde Arbeitsplätze, er verhindere, daß bereitgestellte Mittel in die Wirtschaft fließen. Aber: Es gibt baureife Projekte, wie zum Beispiel die Schnellbahn Mannheim – Stuttgart, die wegen angeblich fehlender Mittel nicht so ausgebaut werden, wie es den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen würde. Man könnte sie jetzt also umweltfreundlicher bauen. Fehlt es den öffentlichen Händen an Geschick, die nötigen Umschichtungen vorzunehmen? Oder sind diese Hände so sehr von Ressort- und Kompetenzketten gebunden, daß sie sich nicht rühren können, wie es die jeweilige Situation erfordert?

Gerade wegen dieser – nur zu oft spürbaren – starren, unelastischen Denk- und Handlungsweise öffentlicher Institutionen ist es nötig, daß einzelne Bürger, Gruppen von Bürgern, Organisationen und Verbände durch die Forderung nach Information und Diskussion, durch Einspruch und Widerspruch Einfluß nehmen auf das, was in unseren Städten, was in unserer Landschaft geschieht. Nicht selten hat solche bürgerschaftliche Initiative eine Maßnahme so lange hinausschieben können, bis eine bessere Lösung gefunden war. Es ist deshalb nicht leicht einzusehen, wenn Bürgerinitiativen vom Staat einerseits zwar mit Prämien belohnt, andererseits aber mit dem Entzug der Steuervorteile für gemeinnützige Vereine bedacht werden: Und wenn eine Bürgerinitiative nichts weiter bewirken würde als mehr Nachdenken, mehr Diskussion, mehr demokratische Auseinandersetzung über die öffentlich anstehenden Probleme, selbst dann schon wäre ihre Tätigkeit von «gemeinem Nutzen»! Wenn auch nur die Möglichkeit besteht, durch das – vielleicht etwas umständliche und zeitraubende – Verfahren der Bürgerbeteiligung zu besseren Lösungen zu kommen, sollte man sich mit den guten oder auch nur machbaren «schnellen» Lösungen nicht zufriedengeben. Die schnelle Entscheidung mag gelegentlich kurzfristig Vorteile bewirken – Sicherung von Arbeitsplätzen, Ankurbelung der Wirtschaft, Verbesserung der Verkehrssituation. – Aber was ist, wenn sich später «Sachzwänge» ergeben, die dann die Fortführung des Begonnenen unvermeidlich machen – und möglicherweise den kurzfristigen Vorteil umschlagen lassen in Umweltschädigung, Landzerstörung, in verminderte Lebensqualität?